



## Antrag

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Klaus Adelt, Doris Rauscher SPD**

### Humanitäre Nothilfe für Idomeni

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

1. dass unverzüglich fünftausend Flüchtlinge, vorrangig Kranke, Frauen und Kinder, aus dem griechischen Grenzlager Idomeni als „humanitäres Sofortkontingent“ nach Deutschland geholt werden,
2. dass darüber hinaus die auf europäischer Ebene bereits 2015 beschlossene Aufnahme von 160.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien endlich umgesetzt wird,
3. dass international erfahrenen und bewährten Katastrophenschutz- und Hilfsorganisationen wie etwa dem Technischen Hilfswerk, dem Deutschen Roten Kreuz oder Ärzten ohne Grenzen ein aus Bundesmitteln finanziertes Einsatzmandat erteilt wird, um in Idomeni und anderen überlasteten Flüchtlingslagern humanitäre Soforthilfe zu leisten – selbstverständlich in Zusammenarbeit mit dem UNHCR und den örtlichen Behörden.

### Begründung:

Während nach Schließung der Balkanroute deutlich weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen, hat sich die Situation in den griechischen Flüchtlingslagern, besonders am griechisch-mazedonischen Grenzort Idomeni dramatisch zugespitzt. Insbesondere die sanitären Verhältnisse sind katastrophal, aber auch die medizinische und sogar die Essenversorgung sind mangelhaft. Witterungsbedingt kann sich die Lage – mitten in Europa – schlagartig weiter verschärfen. Ohne das bewundernswerte und unermüdliche Engagement ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer wäre die Situation vermutlich längst außer Kontrolle geraten. Doch deren Ressourcen sind begrenzt. Deshalb sind eine spürbare Entlastung des Lagers Idomeni durch die unkonventionelle und humanitäre Übernahme eines größeren Flüchtlingskontingents und eine professionelle hauptamtliche Unterstützung vor Ort dringend erforderlich. EU-Partner Griechenland darf damit nicht allein gelassen werden.